

# Armutsgefährdung in Deutschland und Bayern

Yvonne Kureck, M. Sc.

Dem Armutsverständnis der Europäischen Union nach, dem sich auch die Bundesregierung in Deutschland in ihren Armuts- und Reichtumsberichten anschließt, gelten die Personen, Familien und Gruppen als arm „...die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“ (Deutscher Bundestag 2001).

## Vorbemerkungen

Was bedeutet Armut in Deutschland und für den Freistaat Bayern? Welche Bevölkerungsgruppen sind besonders von Armut betroffen und welche Korrelationen bezüglich der Bildung oder des Alters der Bevölkerung lassen sich feststellen? Wie kann man einer steigenden Armutsgefährdung entgegenwirken? Diese und weitere Fragen stellen sich nicht nur Politik und Wirtschaft in Deutschland – auch die Europäische Union (EU) hat sich diesen und ähnlichen Fragestellungen angenommen. Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist eines der Kernziele der EU-2020 Wachstumsstrategie (Europäische Kommission 2014) und verfolgt die Intention, dass EU-weit die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen oder bedrohten Menschen um mindestens 20 Millionen Personen gesenkt werden soll. Trotz umfangreicher sozialer Hilfeleistungen, die Deutschland Bedürftigen bietet, existiert auch hierzulande Armut, die anhand von Einkommensunterschieden gemessen und dargestellt werden kann. Dieser Beitrag bietet neben Hinweisen zu Definitionen und der Methodik zur Armutsmessung einen Überblick über die Armutsgefährdung in Deutschland und beleuchtet hierzu den Freistaat differenzierter, um die aufgeworfenen Fragen ansatzweise beantworten zu können.

## Datenquelle, Definitionen und Methodik

Für die Berechnung von Armutsgefährdungsquoten existieren unterschiedliche Datenquellen. Hierzu zählen u. a. die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), das Sozioökonomische Panel (SOEP), Daten aus „Leben in Europa“ (EU-SILC – European Union Statistics on Income and Living Conditions) sowie die Ergebnisse der Mikrozensushebung (vgl. Eichhorn/Huter/Ebigt 2010). Als Datenquelle für die hier dargestellten, teilweise regionalen Ergebnisse der Armutsgefährdungsquoten dient der Mikrozensus – eine amtliche Haushaltsbefragung, die jährlich bundesweit bei einem Prozent der Bevölkerung durch die Statistischen Landesämter durchge-

führt wird. Hauptaufgabe des Mikrozensus ist es, umfassende, aktuelle und zuverlässige Ergebnisse über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Familien und Haushalte, über die Erwerbstätigkeit, Arbeitsuche, Ausbildung und Wohnverhältnisse bereitzustellen. Der Mikrozensus ist die einzige Datenquelle mit entsprechend tiefer fachlicher Gliederung (vgl. Becker/Mertel 2010), um für Bundesländer und Regionen die Armutsgefährdung berechnen zu können.

Wie aber kann Armut in Deutschland gemessen werden? Grundsätzlich bieten sich für die Messung von Armut zwei Ansätze an. Zum einen kann die absolu-

te Armut (vgl. World Vision Institut für Forschung und Innovation 2014) dargestellt werden. Diese Form der Armut ist verbunden mit einem Leben am äußersten Rand der Existenz und Überlebenskämpfen. Sie ist z. B. gekennzeichnet durch ein Einkommen von unter einem Dollar pro Tag, unzureichende hygienische Bedingungen, fehlenden Zugang zu Trinkwasser, Hunger oder auch Mangel an Wohnraum und ist somit vor allem Entwicklungsländern zuzuschreiben. Die zweite Möglichkeit Armut zu messen, bezieht sich auf eine soziale Ungleichheit bezüglich des zur Verfügung stehenden Einkommens und wird als relative Armut (vgl. World Vision Institut für Forschung und Innovation 2014) bezeichnet.

In Deutschland und der Europäischen Union wird Armut bzw. die Armutsgefährdung auf Grundlage der Einkommensverhältnisse der Bevölkerung betrachtet und somit die Armutsgefährdungsquote nach dem relativen Konzept auf Basis des mittleren Haushaltseinkommens (Äquivalenzeinkommen) berechnet. Dem Konzept der relativen Armut liegt die Vorstellung zugrunde, dass für bestimmte Bevölkerungsgruppen soziale Ausgrenzung auch aufgrund materieller Not nicht zugelassen werden darf und ihnen ein Mindestmaß am gesellschaftlichen Leben garantiert werden muss (vgl. Eichhorn/Huter/Ebigt 2010).

Entsprechend dem EU-Standard ist die Armutsgefährdungsquote ein Indikator zur Messung relativer Einkommensarmut und wird definiert als „der Anteil der Personen, deren Äquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians des mittleren Einkommens der Bevölkerung in Privathaushalten beträgt“. Als Äquivalenzeinkommen bezeichnet man das Haushaltsnettoeinkommen, welches aus dem bedarfsgewichteten Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied berechnet wird und aus den Ergebnissen des Mikrozensus stammt. Die Verwendung des Medians bzw. des Zentralwertes hat gegenüber dem häufig verwendeten arithmetischen Mittel (Durchschnitt) den Vorteil, dass der Median robuster gegen stark abweichende Werte, sogenannte Ausreißer ist. Extrem niedrige bzw. extrem hohe Einkommen haben somit einen geringeren Einfluss auf die Berechnung des mittleren Einkommens der Bevölkerung.

Für die Berechnung der Armutsgefährdungsquoten wird in der amtlichen Statistik zwischen dem Äquivalenzeinkommen nach dem Bundesmedian und dem Äquivalenzeinkommen nach dem Landesmedian unterschieden. Der Bundesmedian dient als Grundlage des mittleren Einkommens in allen Bundesländern. Da dabei jedoch keine Einkommensunterschiede in den einzelnen Ländern berücksichtigt werden, wird für die regionalen Armutsgefährdungsquoten und -schwellen der Landesmedian für die Berechnungen herangezogen (vgl. Statistisches Bundesamt 2014). Die Armutsgefährdungsschwelle für alle Bezugsflächen unabhängig von der regionalen Gliederung und Hierarchiestufe nur nach dem Bundesmedian zu verwenden, würde dazu führen, dass in wirtschaftlich schwachen Regionen mit einem Einkommen unterhalb des Bundesmedians die Armutsgefährdung überschätzt und in gut situierten Regionen dagegen grundsätzlich unterschätzt wird. Um eine annähernde Vergleichbarkeit der Ergebnisse zur Armut zu gewährleisten, erfolgen Vergleiche zwischen den Bundesländern deshalb nach dem Bundesmedian, regional tiefer gegliederte Ergebnisdarstellungen innerhalb Bayerns dagegen auf Basis des jeweiligen Landesmedians.

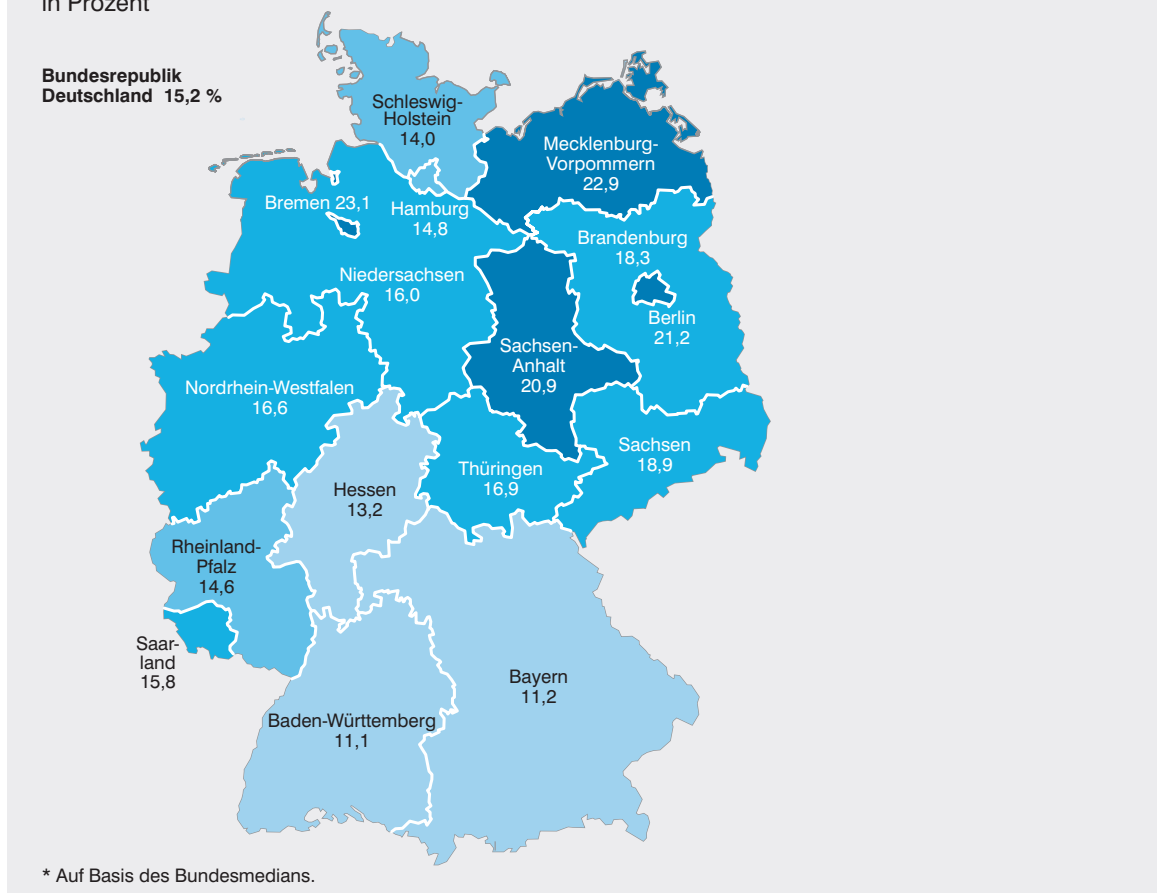
#### **Baden-Württemberg und Bayern mit niedrigstem Armutsrisiko**

Wie viel Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik armutsgefährdet sind und welche Unterschiede bezüglich der Armutsgefährdungsquote in den einzelnen Bundesländern bestehen, zeigt Abbildung 1 mit den Armutsgefährdungsquoten des Jahres 2012.

Im Durchschnitt betrug die Armutsgefährdungsquote in Deutschland 2012 insgesamt 15,2% der Bevölkerung. Der Freistaat Bayern ist mit einer Fläche von 70 550 km<sup>2</sup> das flächengrößte Bundesland und liegt mit einer Bevölkerung am 31. Dezember 2012 von 12 519 571 Einwohnern an zweiter Stelle in Deutschland. Der ehemalige Agrarstaat hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einem der wirtschaftsstärksten Bundesländer mit hohem Wachstum z. B. in der Automobilindustrie oder im IT-Bereich gewandelt. Entsprechend den wirtschaftlichen

### Armutsgefährdungsquoten\* in der Bundesrepublik Deutschland 2012 nach Bundesländern in Prozent

Abb. 1



Entwicklungen liegen die Armutsgefährdungsquoten verglichen mit anderen Bundesländern auf einem niedrigeren Niveau und unterhalb des bundesweiten Durchschnitts.

Betrachtet man die einzelnen Bundesländer, so zeigen sich Vorteile für den südlichen Raum der Bundesrepublik. Der Vergleich der Armutsgefährdungsquoten des Jahres 2012 nach dem Bundesmedian zeigt, dass in Baden-Württemberg mit 11,1% das niedrigste und in Bayern mit 11,2% das zweitniedrigste Armutsrisiko bestand. Mit einem Armutsrisiko von 13,2% lag Hessen auf dem dritten Rang. Die höchsten Gefährdungsquoten mit einem Einkommen unterhalb der Armutsschwelle ihren Lebensunterhalt bestreiten zu müssen, hatten dagegen die Menschen in Sachsen-Anhalt (20,9%), der Bundeshauptstadt Berlin (21,2%), Mecklenburg-Vorpommern (22,9%) sowie im Stadtstaat Bremen mit

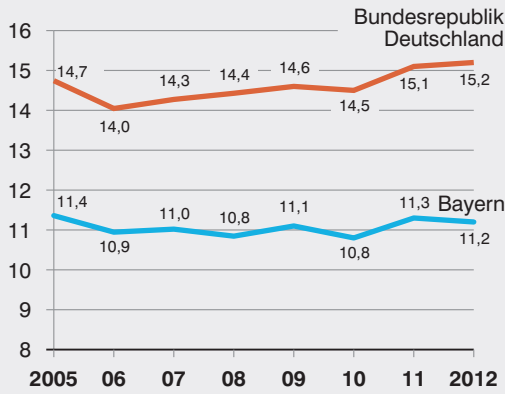
23,1% als Schlusslicht. In groben Strukturen lässt die Karte ebenfalls ein Ost-West- sowie ein Nord-Süd-Gefälle bei der Armutsgefährdung erkennen.

Armutsgefährdungsquoten aus den Daten des Mikrozensus zu berechnen und damit Richtwerte herauszugeben, hat noch keine jahrzehntelange Tradition. Erst seit 2005 dient die Erhebung des „kleinen Zensus“ als Quelle für die regionale Berechnung und Veröffentlichung jährlicher Armutsgefährdungsquoten. Die Entwicklung der Quoten der Bundesrepublik und Bayerns seit 2005 veranschaulicht Abbildung 2.

Während für Deutschland seit 2010 eine steigende Tendenz zu erkennen ist, so lagen die Werte Bayerns seit 2005 nicht nur signifikant unterhalb der durchschnittlich bundesweiten Werte, es ist sogar ein kleiner Rückgang der Armutsgefährdungsquo-

**Armutsgefährdungsquoten\* in der Bundesrepublik Deutschland und in Bayern seit 2005**  
in Prozent

Abb. 2



\* Auf Basis des Bundesmedians.

te in Bayern von 11,3% im Jahr 2011 auf 11,2% im Jahr 2012 zu verzeichnen.

**Regionale Ergebnisse im Freistaat Bayern**

Eine räumliche Betrachtung Bayerns auf Regierungsbezirksebene, wie in Abbildung 3 dargestellt, offenbart innerhalb des Freistaats eine differenzierte Sicht.

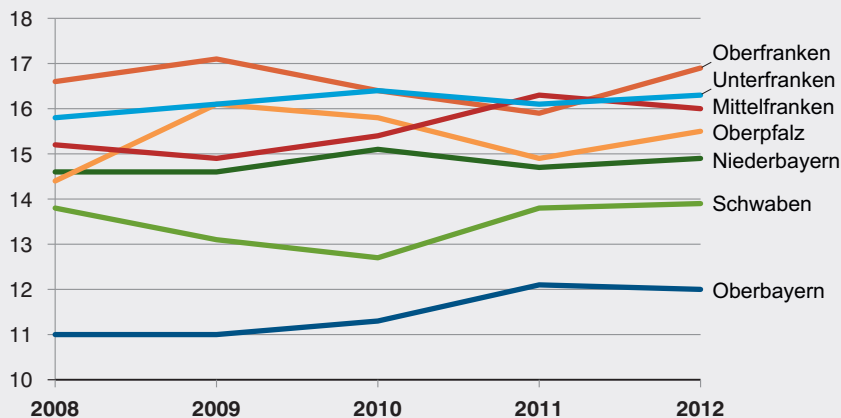
Die Graphik (Abbildung 3) zeigt die Armutsgefährdungsquoten auf Basis des Landesmedians in den bayerischen Regierungsbezirken im Fünf-Jahres-Verlauf. In Oberfranken lag die Quote im Jahr 2012 dabei am höchsten und betrug 16,9%, wäh-

rend der Regierungsbezirk Oberbayern seit 2008 die niedrigsten Armutsgefährdungsquoten verzeichnen konnte (11,0 bis 12,1%). In keinem der Regierungsbezirke lässt sich im Zeitverlauf von 2008 auf 2012 ein Rückgang der Armutsgefährdungsquoten feststellen. Am geringsten stieg die Armutsgefährdungsquote im Fünf-Jahres-Vergleich in Schwaben mit einem geringen Plus von 0,1 Prozentpunkten, die Oberpfalz musste jedoch einen Zuwachs von 1,1 Prozentpunkten in Kauf nehmen. Im Ein-Jahres-Vergleich von 2011 auf 2012 stieg dagegen das Armutsrisiko in Oberfranken um 1,0 Prozentpunkte, gefolgt von der Oberpfalz mit 0,6 Prozentpunkten. Die Regierungsbezirke Oberbayern und Mittelfranken konnten von 2011 auf 2012 zwar Rückgänge von 0,1 und 0,3 Prozentpunkten verzeichnen, da die Quoten jedoch immer wieder leicht schwanken, kann hier nicht von einem sinkenden Trend und somit geringer werdender Armut ausgegangen werden.

Tiefer regionalisiert können die Ergebnisse zur Armutsgefährdung innerhalb Bayerns auf der Ebene der Regionen dargestellt werden (vgl. Abbildung 4). Die niedrigsten Armutsgefährdungsquoten hatten demnach im Jahr 2012 die Regionen Oberland (10,8%), München (11,6%) und Ingolstadt (11,7%). Jeweils über 16% der Bevölkerung waren 2012 dagegen armutsgefährdet in den Regionen Würzburg (16,8%), Westmittelfranken (17,0%), Main-Rhön (17,3%) sowie Oberfranken-Ost (18,1%). Ähnlich

**Armutsgefährdungsquoten\* in Bayern seit 2008 nach Regierungsbezirken**  
in Prozent

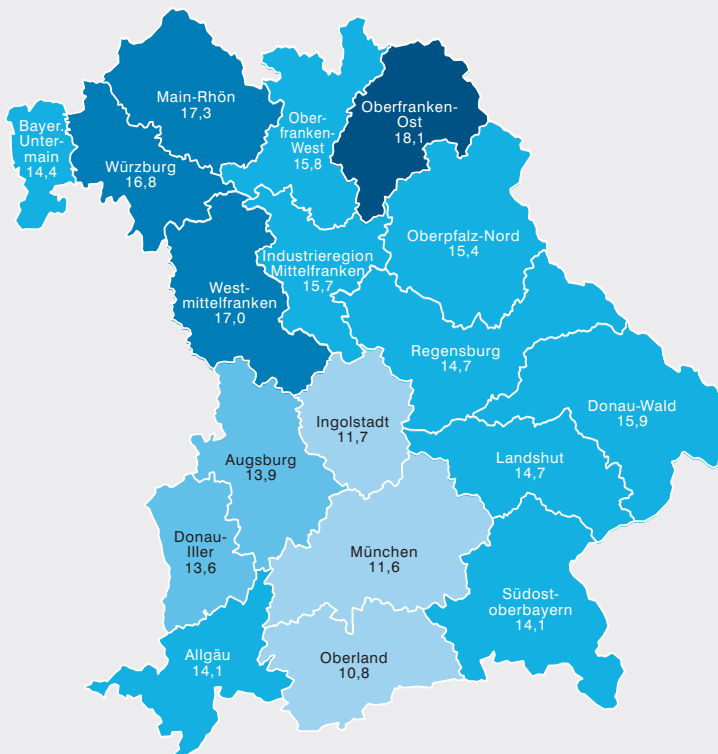
Abb. 3



\* Auf Basis des Landesmedians.

**Armutsgefährdungsquoten\* 2012 in Bayern nach Regionen in Prozent**

Abb. 4



\* Auf Basis des Landesmedians.

der Darstellung von Armutsgefährdungsquoten auf der Deutschlandkarte (vgl. Abbildung 1) ist auch im Freistaat ein Nord-Süd-Gefälle existent.

Ein Vergleich ausgewählter Großstädte in der Bundesrepublik kann anhand des Bundesmedians erfolgen. Die Tabelle zeigt einige deutsche Städte und die für

diese Städte berechneten Armutsgefährdungsquoten. Die bayerische Landeshauptstadt München hat demnach mit 11,4% das geringste Armutsrisiko unter den aufgeführten deutschen Großstädten, während über ein Viertel der Bevölkerung in Städten wie Duisburg (25,1%), Leipzig (25,9%) und Dortmund (26,4%) mit Armut zu kämpfen hatte. Die bayerische Großstadt Nürnberg lag mit einem Wert von 17,5% noch auf Rang 5 der in der Tabelle aufgeführten Großstädte.

**Armutsgefährdungsquoten 2012 in ausgewählten deutschen Großstädten**

Städte der Bundesrepublik	Auf Basis des Bundesmedians
	%
<b>München</b> .....	<b>11,4</b>
Stuttgart .....	13,4
Hamburg .....	14,8
Frankfurt am Main .....	15,2
<b>Nürnberg</b> .....	<b>17,5</b>
Düsseldorf .....	17,6
Essen .....	20,0
Dresden .....	20,2
Köln .....	20,5
Berlin .....	21,2
Bremen .....	22,3
Hannover .....	22,4
Duisburg .....	25,1
Leipzig .....	25,9
Dortmund .....	26,4

### Jugend- und Altersarmut im Vergleich

In der Bundesrepublik betraf es im Jahr 2012 vor allem junge Menschen, die armutsgefährdet waren. Von den 18- bis unter 25-Jährigen waren knapp ein Viertel (24,3%) dieser Altersgruppe von Armut betroffen. Eine monetäre Armut während dieser Lebensphase kann z. B. den Zeiten von Ausbildung oder Studium und dem damit verbundenen geringeren Einkommen geschuldet sein. Auch der Freistaat Bayern wies bezüglich der Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen mit 15,9% insgesamt (14,5% männlich, 17,3% weiblich) einen hohen Anteil an Armutsgefährdung auf. Jugendarmut steht in Bayern jedoch nur

an zweiter Stelle. Den ersten Rang nimmt die Altersarmut im Freistaat ein. Die Betrachtung der Armutsgefährdungsquoten in Bezug auf die unterschiedlichen Altersgruppen zeigte 2012, dass drohende Altersarmut wegen zu geringer Rentenzahlungen, vor allem bei Frauen ab 65 Jahren, das größere Problem der bayerischen Bevölkerung zu sein scheint. Im Geschlechtervergleich mussten im Jahr 2012 18,6% der weiblichen und 13,4% der männlichen Bevölkerung im Alter von 65 Jahren oder älter mit weniger als 60% des mittleren Einkommens je Monat ihren Lebensunterhalt bestreiten als der Rest ihrer Altersgenossen.

Berücksichtigt man die Einkommensunterschiede in den Bundesländern und zieht die Berechnungen der Armutsgefährdungsquote nach dem jeweiligen Landes- bzw. Regionalmedian heran, so erhöht sich der Anteil der älteren Bevölkerung in Bezug auf deren Armutsgefährdung. Von der bayerischen Bevölkerung waren regional betrachtet insgesamt sogar 21,3% der Generation „65 plus“ von einem niedrigen Einkommen betroffen und damit armutsgefährdet. Im Vergleich lagen die älteren bayerischen Männer 2012 jedoch mit einer Armutsgefährdungsquote von „nur“ 17,8% insgesamt 6,2 Prozentpunkte unter der Quote der älteren Frauen in Bayern mit 24,0%. Einer der Gründe, weshalb vor allem Frauen im Rentenalter so stark armutsgefährdet sind, liegt an ihren damals zeitbedingten fehlenden oder unterbrochenen Erwerbsbiographien, die heutzutage zu niedrigen oder unzureichenden Rentenansprüchen führen (vgl. Rothardt 2013).

#### Haushaltsgröße entscheidend bei Armutsgefährdung

Nach den Ergebnissen des Mikrozensus sind es vor allem kleine Haushalte, die von Armut betroffen sein können. Am häufigsten waren 2012 Alleinerziehende, also Erwachsene mit ein oder mehreren Kindern armutsgefährdet. Deutschlandweit waren 41,9% dieses Haushaltstyps betroffen, in Bayern lag der regionale Wert mit 41,0% nur unwesentlich niedriger. An zweiter Stelle folgten die Singlehaushalte. Jeder vierte Alleinlebende in Deutschland (25,8%) oder Bayern (25,1%) hatte monatlich nur so wenig Einkommen zur Verfügung, dass er als armutsgefährdet galt. Neben diesen kleineren Haushalten mit nur einem Einkommensbezieher lagen an dritter Stelle vor allem

kinderreiche Familien, also Paare mit drei oder mehr Kindern, die ebenfalls häufiger zur ärmeren Bevölkerung gehörten. In Deutschland betraf dies 2012 fast jeden vierten Haushalt (24,1%), im Freistaat Bayern war jeder fünfte kinderreiche Haushalt (20,7%) armutsgefährdet.

Wie hoch das durchschnittliche, monatliche Einkommen 2012 je Bundesland und den beiden ausgewählten Haushaltstypen „Ein-Personen-Haushalt“ und „Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern“ mindestens sein sollte, um nicht armutsgefährdet zu sein, zeigt Abbildung 5. Dabei lag die Armutsrisikoschwelle in Deutschland bei einem durchschnittlichen monatlichen Einkommen von 869 Euro für einen Ein-Personen-Haushalt sowie bei 1 826 Euro für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren. Alle Personen, die also weniger als die aufgeführten Beträge monatlich ihr Einkommen nannten, galten demnach als arm.

Eine Familie mit zwei Kindern galt in den Bundesländern Baden-Württemberg und Bayern somit schon dann als armutsgefährdet, wenn das monatliche Nettoeinkommen unter einer Grenze von 2 000 Euro bzw. 1 977 Euro lag. Bei den Singlehaushalten lagen die Beträge für diese beiden Bundesländer bei 953 Euro bzw. 942 Euro. In Mecklenburg-Vorpommern waren dagegen Familien oder Alleinlebende erst bei weit aus niedrigeren monatlichen Einkommen von Armut betroffen. Hier lagen 2012 die Armutsgefährdungsschwellen bei 1 518 Euro für Familien und 723 Euro bei Alleinlebenden.

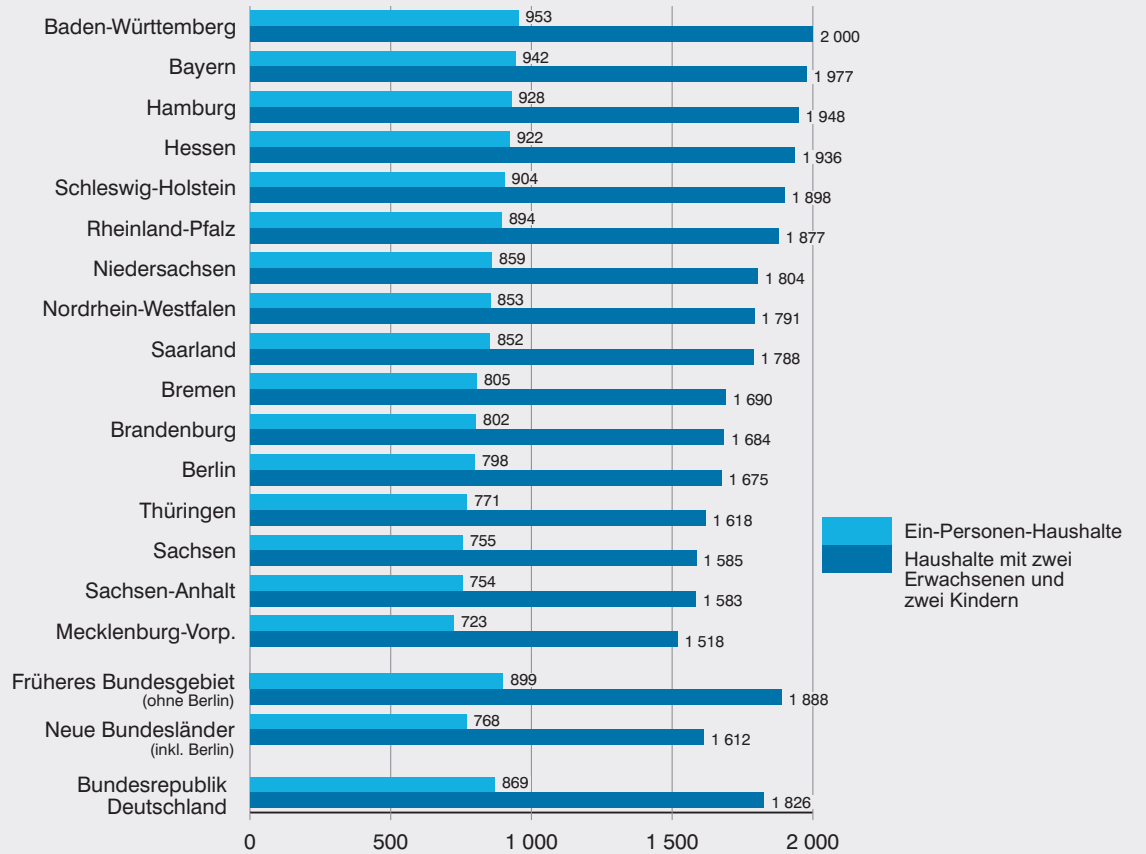
#### Erwerbsstatus, Qualifikation und Herkunft beeinflussen Armut oder Wohlstand

Betrachtet man den Erwerbsstatus der Bevölkerung, so ist es nicht verwunderlich, dass vor allem Erwerbslose mit 59,3% (Deutschland) und gut 50% in Bayern im Jahr 2012 von Armut betroffen waren. Auch von der nicht mehr arbeitenden Bevölkerung der Rentnerinnen und Rentner hatte 2012 gut jeder Fünfte nur ein so geringes monatliches Einkommen, dass es unterhalb der Armutsrisikoschwelle lag.

Auswertungen nach dem Bildungsstand zeigen, dass eine höhere Bildung vor Armut schützen kann. Die international anerkannten Bildungsstufen nach ISCED

**Armutsgefährdungsschwellen in der Bundesrepublik Deutschland 2012 nach Bundesländern in Euro**

Abb. 5



(International Standard Classification of Education) können vereinfacht in die drei Gruppen Geringqualifizierte, Qualifizierte und Hochqualifizierte aufgegliedert werden. Geringqualifizierte hatten im Jahr 2012 bei einer Armutsgefährdungsquote von 29,2% ein mehr als fünf Mal höheres Risiko von Armut betroffen zu sein als Hochqualifizierte, deren Armutsrisiko nur bei 5,4% in Deutschland lag. Für Bayern lagen die Ergebnisse nach dem Bildungsstand ähnlich. So waren 2012 insgesamt 30,9% der Geringqualifizierten von Armut gefährdet, Qualifizierte lagen dagegen nur noch bei 11,7% und Hochqualifizierte besaßen eine Armutsgefährdungsquote von niedrigen 5,2%. Aufgrund eines höheren Bildungsstandes verfügen sowohl die Haushalte in der Bundesrepublik als auch in Bayern offensichtlich über ein höheres, monatliches Nettoeinkommen, so dass mit steigendem Bildungsstand und der Teilnahme am Erwerbsleben die Ge-

fahr in die Einkommensarmut abzurutschen signifikant abnimmt.

Einen weiteren Einfluss auf Armutsgefährdungsquoten scheint die Herkunft der befragten Haushalte des Mikrozensus zu nehmen. Haushalte mit deutschen Haushaltsmitgliedern waren durchschnittlich nur zu 13,5% deutschlandweit und 12,9% in Bayern armutsgefährdet. Dagegen lag das Risiko bei den Nichtdeutschen mehr als doppelt so hoch bei 32,1% (Deutschland) und 26,6% (Bayern). Ähnliche Schlussfolgerungen kann man bei der Betrachtung der Haushalte mit Migrationshintergrund ziehen. In der Bundesrepublik waren diejenigen mit Migrationshintergrund zu 26,8% und ohne Migration nur zu 12,3% von Armut gefährdet. In Bayern lagen diese Werte nur wenig verändert bei 23,1% mit bzw. 12,0% ohne Migrationshintergrund.

## Zusammenfassung

Armutsgefährdungsquoten bieten der Politik eine Basis zur Entwicklung politischer und gesellschaftlicher Maßnahmen. Dass Armutsgefährdung auch in Deutschland kein Randphänomen ist, gegen deren weiteres Fortschreiten Gegenmaßnahmen ergriffen werden müssen, kann mit den Ergebnissen des Mikrozensus gezeigt werden. Sowohl innerhalb der Bundesrepublik als auch in den Regionen des Freistaats ist die Armutsgefährdung unterschiedlich stark ausgeprägt, dabei spielen verschiedene weitere Indikatoren bei der Gefahr in Armut abzurutschen eine entscheidende Rolle. Zum einen sind es vor allem junge Erwachsene und Rentner, die aufgrund zu geringer Einkommen zu den gefährdeten Personengruppen gehören können. Zum anderen sind in besonderem Maße vor allem Erwerbslose, Alleinerziehende und Migranten sowie Ausländer armutsgefährdet. Zahlreiche Publikationen wie z. B. die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung, der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands sowie zahlreiche Veröffentlichungen der amtlichen

Statistik versuchen die Trends der Armutsgefährdung aufzuzeigen. Die Bundesrepublik muss sich somit der regionalen Problematik der Armut stellen, um eine „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ herzustellen (vgl. Der Paritätische Gesamtverband 2013). Welche politischen Maßnahmen aber führen zu einem höheren Einkommen und einem möglichst langen Erwerbsleben, um vor Armut in den unterschiedlichen Lebensphasen geschützt zu werden oder die Wahrscheinlichkeit auch in Deutschland „arm“ zu werden zu verringern? Das Max-Planck-Institut für Sozialrecht und -politik und der Paritätische Gesamtverband sehen in den folgenden Maßnahmen sinnvolle Instrumente: Verhinderung von Jugendarbeitslosigkeit, ständige Aus- und Weiterbildung, bessere Integration von Migranten, erleichterte Einstellungsbedingungen sowie die Erhöhung der (Vollzeit-)Erwerbsquote von Frauen und Älteren (vgl. Börsch-Supan 2013), Mindestlöhne, die Verringerung der Leiharbeit sowie weitere soziale Programme für benachteiligte Kinder und Langzeitarbeitslose.

## Literatur:

- Becker, Bernd / Mertel, Bettina (2010), „Aspekte regionaler Armutsmessung in Deutschland“, in: *Wirtschaft und Statistik Jahrgang 2010*, Wiesbaden, S. 385.
- Börsch-Supan, Axel (2013), „Altersarmut in Deutschland“, in: *Statistisches Bundesamt, 22. Wissenschaftliches Kolloquium „Armutsmessung“*, unter: [www.destatis.de/DE/Methoden/Kolloquien/2013/Boersch\\_Supan.html](http://www.destatis.de/DE/Methoden/Kolloquien/2013/Boersch_Supan.html), Stand: 13. Februar 2014.
- Der Paritätische Gesamtverband (2013), „Zwischen Wohlstand und Verarmung: Deutschland vor der Zerreißprobe. Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2013“, S. 12.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2001), „Lebenslagen in Deutschland – Erster Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ – Drucksache 14/5990, 8. Mai 2001.
- Eichhorn, Lothar / Huter, Jessica / Ebigt, Sascha (2010), „Reiche und arme Regionen, Reichtum und Armut in den Regionen – zur sozialen Geographie Deutschlands“, in: *Statistische Monatshefte Niedersachsen 06/2010*, Hannover, S. 292.
- Europäische Kommission (2014), „Europa-2020-Ziele“ unter: [http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/targets/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/targets/index_de.htm), Stand: 7. Februar 2014.
- Rothardt, Jessica (2013), „Altersarmut in Niedersachsen“, in: *Statistische Monatshefte Niedersachsen 11/2013*, S. 598.
- Statistisches Bundesamt (2014), *Glossar zur Sozialberichterstattung*, unter: [www.destatis.de/DE/Service/Glossar/\\_Sozialberichterstattung/Aequivalenzeinkommen.html](http://www.destatis.de/DE/Service/Glossar/_Sozialberichterstattung/Aequivalenzeinkommen.html), Stand: 6. Februar 2014.
- World Vision Institut für Forschung und Innovation (2014), *Definitionen von Armut*, unter: [www.armut.de/definition-von-armut.php](http://www.armut.de/definition-von-armut.php), Stand: 3. Februar 2014.